



Arbeitskreis Nahost Berlin
www.aknahost.org



Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost
European Jews for a Just Peace
www.juedische-stimme.de

Schweigt nicht zu Gaza!

Wir fordern

- **ein Ende der militärischen Auseinandersetzungen,**
- **einen Rückzug der israelischen Armee aus dem Gazastreifen,**
- **die Freilassung des israelischen Soldaten Gilad Schalit**
- **die Freilassung der verhafteten palästinensischen Abgeordneten und Minister**
- **Verhandlungen über die Freilassung palästinensischer Gefangener!**

Die militärische Offensive der israelischen Armee im Gazastreifen eskaliert immer weiter. Die Zahl der zivilen Opfer steigt. Brücken, Straßen, das wichtigste Elektrizitätswerk, Universitäts- und Regierungsgebäude wurden bereits vor Tagen durch Bombardierungen zerstört.

700.000 Palästinenser sind seit Beginn der Offensive Ende Juni ohne Strom, die Wasserversorgung ist für einen großen Teil der Bevölkerung ebenfalls zusammengebrochen.

Die israelische Regierung befreit so nicht den israelischen Soldaten Gilad Schalit, vielmehr gefährdet sie mutwillig sein Leben.

Amnesty international stellte am 30.06. fest, daß die „gezielten Angriffe der israelischen Armee gegen die zivile Bevölkerung und Infrastruktur im Gazastreifen“ „die internationalen Menschenrechte“ verletzen und „als Kriegsverbrechen zu betrachten“ sind. Die Menschenrechtsorganisation appelliert an beide Seiten, Israelis und Palästinenser, alle Handlungen, die internationales Recht verletzen, zu unterlassen.

ai meint weiter:

„Da die Spannungen zwischen Israel, der Palästinensischen Behörde und bewaffneten Gruppen weiterhin steigen, gibt es eine wachsende Sorge für die Sicherheit der Zivilbevölkerung. Eine große Zahl von unbeteiligten Zivilisten – einschließlich Frauen und Kinder – sind durch israelische Artillerie und Luftangriffe in den vergangenen Wochen und Monaten getötet und verletzt worden“.

Seit dem einseitig beschlossenen Rückzug aus Gaza im vergangenen August wurden die militärischen Angriffe auf den Gazastreifen kontinuierlich fortgesetzt, trotz des von der Hamas verkündeten Waffenstillstandes. Diese Angriffe richteten bedeutend mehr Schäden an als die Kassem-Raketen aus Gaza. In beiden Fällen hat die Zivilbevölkerung zu leiden. Die direkte israelische Besatzung wurde zwar beendet, die Belagerung hielt aber an und enthielt immer die Option einer erneuten Invasion.

Die israelische Regierung nimmt die Bevölkerung des Gazastreifens als Geisel und unterwirft sie einer völkerrechtswidrigen Kollektivbestrafung: Für die Entführung von Schalit, bei der auch zwei Soldaten getötet wurden, und für den Beschuß der israelischen Städte Sderot und erstmals auch Ashkelon.

Mit diesen „Strafaktionen“ setzt sich die Politik der israelischen Regierung fort, jeden konstruktiven Ansatz in Richtung gleichberechtigten Dialog zu unterbinden. Wie etwa das Papier der palästinensischen Gefangenen, das von dem palästinensischen Ministerpräsidenten und dem Präsidenten gleichermaßen unterstützt wird.

Wider besseres Wissen behauptet die israelische Regierung, daß es keine palästinensischen Partner gebe. Und die palästinensische Führung sieht auf israelischer Seite auf offizieller Ebene keine Partner für aufrichtige Verhandlungen.

Auch dadurch bleiben die Palästinenser im Westjordanland Geiseln einer verschärften israelischen Besatzung – allen halbherzigen Rückzugsplänen zum Trotz: Beispielsweise durch Landraub im Zuge des Baus der Sperranlage und durch die zunehmend extremere Einengung der Bewegungsfreiheit durch Checkpoints. Die Verhaftung palästinensischer Parlamentarier, Minister und Bürgermeister kam jüngst als Steigerung dazu.

Und letztlich wird auch die israelische Bevölkerung von dieser Besatzungspolitik als Geisel genommen. Dabei spricht sich aktuell die Mehrheit der Israelis für Verhandlungen mit den Entführern aus – vor einigen Tagen waren es 53 % der Befragten. Der Vater des entführten Soldaten, Noam Shalit, fordert inzwischen von der israelischen Regierung, Verhandlungen auch über die Freilassung palästinensischer Gefangener aufzunehmen.

Wie amnesty international stellen wir fest:

„Auch die internationale Gemeinschaft hat eine Verpflichtung zum Handeln.“

Untätigkeit kostet täglich weitere Menschenleben. Der Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah, Christian Sterzing betonte in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, daß „Angriffe auf die Zivilbevölkerung“ nach dem humanitären Kriegsvölkerrecht nicht zulässig sind. Es sei an der Zeit, „an die israelische Regierung einige kritische Fragen zu stellen“. (Interview Deutschlandfunk, 30.06.06)

Ernste Kritik wurde anfangs nur von einigen Oppositionspolitikern geübt:

Jerzy Montag, Bundestagsabgeordneter von „Bündnis 90/Die Grünen“ und Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe: „Man kann und darf die Menschen nicht vom Strom, vom Wasser, von Lebensmitteln abschneiden.“ (Interview Deutschlandfunk, 29.06.06)

Gregor Gysi zur Festnahme eines Drittels der palästinensischen Minister: „Wer so demütigt, weiß, daß das Ergebnis nicht Gespräch, nicht Verhandlungen und Friedfertigkeit, sondern weitere Gewalt sein wird.“ (junge Welt, 01.07.06)

Der außenpolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, *Norman Paech*, verlangt von Außenminister Steinmeier, sich für die sofortige Einstellung des israelischen Militäreinsatzes im Gazastreifen einzusetzen und auf die „Freilassung der Festgenommenen“ zu drängen (Netzeitung 30.06.) Außerdem solle die Große Koalition ihre Haltung gegenüber der Hamas-Regierung überdenken, „um sich wirksam für die Freilassung des israelischen Soldaten einsetzen zu können“.

Diesen Forderungen schließen wir uns an:

Keine Waffenlieferungen nach Israel und in den gesamten Nahen Osten!

Keine Bereitstellung des Transportfahrzeuges Dingo 2 an Israel!

Annullierung des gerade unterschriebenen Vertrages über die Lieferung von zwei U-Booten!